

SMOKING GUN. ÜBER DEN FORENSIC TURN DER WELTPOLITIK

1.

»Presumptions do not solve the problem.
Evidence and full transparency may help.
Let me be specific«.

HANS BLIX, 27. Januar 2003 ◀

Die Rede vom Beweis, von der ›evidence‹, von der An- und Abwesenheit eben jener ›evidence‹ – sei sie ›hard‹, ›soft‹, ›plausible‹, ›strong‹ oder ›documentary‹ – bestimmt die politischen Debatten gegenwärtig in einem erstaunlichen Maße. Prozesse, Verhöre, Internierungen und Großfahndungen laufen auf der weltinnenpolitischen Bühne; britische Lordrichter und ehemalige CIA-Mitarbeiter verkünden Urteile und Meinungen über das Beweis-Verhalten von Regierungen und Medienanstalten. Mal verkündet US-Außenminister Colin Powell sein »volles Vertrauen in die Fakten«, auf deren Grundlage der Krieg gegen den Irak geführt wurde (vgl. Rüb 2004); dann heißt es kurz darauf, »Powell Expresses Doubts About Basis for Iraqi Weapons Claim«, weil es mit eben diesen ›Fakten‹ über mobile Biowaffenanlagen vielleicht doch nicht soweit her war (vgl. Kessler 2004). Es geht permanent um die Behauptung und die Falschbehauptung der Beweiskraft von Beweismitteln, um Authentifizierungen und Identitätskontrolle, um die Umkehr von Beweislasten, um die Legitimierung und Delegitimierung von Handlungen in Hinsicht auf die Darstellung der Beweiskraft der ihnen zugrundeliegenden Anlässe.

Als sich im Juni 2003 die Anzeichen dafür verdichteten, dass die Bush-Regierung ihre eigene Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit über die Gründe für den Krieg gegen Irak getäuscht hatten, wurden insbesondere die Karikaturisten in der US-amerikanischen Presse aktiv. Zwei Beispiele, beide aus der Ausgabe der ›International Herald Tribune‹ vom 25. Juni 2003, sollen für

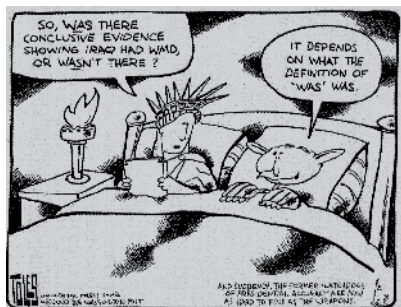


Abb. 1: Karikatur von Tom Toles

den Anfang genügen. Der Cartoonist Tom Toles, der für die ›Washington Post‹ zeichnet, legte die Freiheitsstatue und den Präsidenten ins Ehebett. Miss Liberty, die Flamme auf dem Nachttisch, die Tafeln der Verfassung in der Hand, fragt George W. Bush, ob es denn nun »conclusive evidence« über die Existenz von Massenvernichtungswaffen gegeben hätte oder nicht; Bush weicht aus, es sei eine Frage der Definition dessen, was »gewesen« ist. Damit flüchtet sich der Präsident kasuistisch in die Grammatik und in die Labyrinth der Zeit – Zeichen mangelnder Überzeugungskraft. In G. B. Trudeau's ›Doonesbury‹-Strip vom 25. Juni 2003 diskutieren Trainees im CIA-Hauptquartier in Langley über den »neuen Standard« der Wahrheitspolitik der US-Regierung. Egal, wie dünn die Geheimdienstinformationen seien – »the White House wants them in«, erklärt der Seminarleiter; nicht länger dürfe Plausibilität einem »Empire-friendly report« im Weg stehen; stattdessen seien Kreativität und Erfindungsgabe gefragt. Das einzige Naturgesetz, das noch interessiere, sei die Schwerkraft: »We need it to bomb«.

Beide Cartoons gehen von der Annahme aus, dass die Repräsentationsarbeit der US-Regierung von fadenscheinig-kasuistischen Argumentationen, wenn nicht von purer Fiktion getragen ist. Glauben tut hier niemand mehr etwas. Fast scheint es, als wäre nichts evidenter als der Mangel an Beweisen und das selbstverständliche Außerkraftsetzen von Wahrheitskriterien. Beide Cartoons erinnern deshalb auch daran, welche Fragen in dieser Situation zu stellen wären: Wie werden Fraglosigkeit, Selbstverständlichkeit, Überzeugungskraft konkret produziert, beziehungsweise: Mit welchen Mitteln und Medien wird die Konkretion der Evidenz in Szene gesetzt? Die Funktion der Beweiserhebung und Beweispräsentation, also der Organisation und Inszenierung von ›evidence‹, ist im Kontext eines Wahrheitsregimes zu verorten, in dem bestimmte Bilder, Objekte, Berichte, Zeugenschaften, allgemein: Aussagen, den Status von Beweismitteln oder Beweisen erlangen. So sehr das englische ›evidence‹ dazu verleitet, hier bereits eine weitreichende

Abb. 2: Garry B. Trudeau, ›Doonesbury‹



Ordnung der ›Evidenz‹ zu vermuten, so sehr ist – mit Gilles Deleuze und Michel Foucault ⁴² – darauf zu bestehen, dass die Bedingungen der Möglichkeit, überhaupt mit ›evidence‹ im Sinne bestimmter politischer Zwecke zu operieren, zu untersuchen sind. Gerade dass Beweismittel zu Mitteln der Politik werden, dass ›evidence‹ in einer Rhetorik der politischen Kriminalistik und Polizei-Politik zum Einsatz kommt, zeugt von einem spezifischen Diagramm der »évidences«, von dem Deleuze mit Berufung auf Foucault spricht. Anders als traditionelle Formen und Methoden der Repräsentation ist ein »diagrammatisches« Denken von Kräften und Vektoren, von Machtzentren und Geschwindigkeiten vielleicht geeignet, die Funktion der ›evidence‹ zu bestimmen, von der in den letzten Jahren in der Bedeutung eines Beweismittels soviel die Rede war: Als wichtiges Element in einer Transformation von Politik in Polizei-Politik, beim strukturellen Umbau einer Sphäre der öffentlich-demokratischen Aushandlung und Kommunikation in eine solche des Arkanwissens sowie der kriminalistischen Spurensicherung und Beweiserhebung.

2.



Betrachten wir ein Foto. Es stammt aus einem Bericht der Iraq Survey Group, einer Abteilung des CIA, die 2003 im besetzten Irak nach Massenvernichtungswaffen suchte. Zu dieser Aufnahme, die im Zusammenhang mit einer Reihe anderer forensischer Fotografien veröffentlicht wurde, heißt es in einem Bericht des CIA-Sonderbeauftragten David Kay vom 2. Oktober 2003, die CIA-Leute hätten sie in einem Teil des neuen Nuklearentwicklungszentrums von Bagdad gemacht. Es handelt sich um ein fotografisches Stillleben verbrannter Dokumente in einer Metallkiste. Man erkennt zerstörte, also offenbar nutzlos gewordene Beweismittel. Aber ihre Be-



Abb. 3: Verbrannte Dokumente in einem Koffer, gefunden am SAAD-Zentrum, einem Teil des Baghdad New Nuclear Design Center.

Abb. 4: Daryl Cagle »Seen the Evidence«

weiskraft ist nicht oder nur teilweise mit dem Feuer erloschen, das sie zerstört hat. Dieses Bild funktioniert in einem Kontext, der ihm eine spezifische Beweiskraft zuspricht. Denn was hier zu sehen ist, gilt dem Berichterstatter als Beweis der massiven Plünderung und der überlegten Zerstörung von Dokumenten, also einer virtuellen, vergangenen Beweiskraft erster Ordnung, die durch diese Dokumentation der Zerstörung nicht verfällt, sondern gewissermaßen den Aggregatzustand wechselt. Sie wird auratisiert und steht nun anderen, auch ästhetischen Lektüren und Betrachtungen offen. Man kann in dieses Bild der Verwüstung alles Mögliche hineinsehen. Die Metallkiste wird zu einer Schatztruhe der Spekulation und Interpretation.

Der Cartoonist Daryl Cagle hat das Motiv der Interpretierbarkeit von Bildern des Beweises in einer Karikatur aufgegriffen: In der zweigeteilten Zeichnung wird George W. Bush von einem Psychotherapeuten mit zwei Rorschach-Zeichnungen konfrontiert. Bush erkennt in einer der Zeichnungen Saddam Hussein, wie dieser sein »eigenes Volk vergast«, während die andere Zeichnung zeige, wie Saddam Massenvernichtungswaffen baue. Im rechten Bildpanel steht Bush am Rednerpult der Vereinten Nationen und ruft gestikulierend aus: »I've seen the evidence«. Cagles Kritik am Beweisverhalten des US-Präsidenten verbindet sich mit einer Kritik an der therapeutischen Praxis des Rorschachtests sowie der Evidenzproduktion der Psychoanalyse im Allgemeinen. Angegriffen wird hier die Praxis des Hineinsehens, der Konstruktion von Evidenz in einem psycho-visuellen Prozess. Wo keine Beweise sind, werden sie geahnt, auf einer höheren beziehungsweise unbewussten Ebene eingebildet. Die Ergebnisse dieser Ein-Bildungen (die ja in der Psychoanalyse auch Selbstwahrnehmungen sein können) werden sodann im zweiten Bild des Cartoons vor der UN, der Weltgemeinschaft, als quasi-mystische Seher-Erfahrung, als Epiphanie einer unanzweifelbaren Evidenz dargeboten.

»Warum haben wir solche Schwierigkeiten, Waffen zu finden oder zu der sicheren Überzeugung zu gelangen, dass sie nicht existieren oder dass sie einmal existierten, aber beseitigt wurden?«, fragte David Kay, der Anfang Februar 2004 sein Amt niedergelegte und mit Äußerungen über die Unauffindbarkeit von Massenvernichtungswaffen an die Öffentlichkeit trat, die den Regierungen Bush und Blair nicht besonders angenehm waren – so wenig, dass sie kurz darauf beschlossen, Untersuchungskommissionen einzusetzen, die die Evidenzproduktion rund um das Stichwort »Massenvernichtungswaffen« in Augenschein nehmen sollten. Anfang Oktober 2003 nannte Kay eine Reihe von Gründen für diese Unauffindbarkeit. Er erwähnt, dass die Waffenproduktion im Irak hochgradig zergliedert gewesen sei. Dies habe zu tun mit den Methoden des Regimes, Geheimnisse mittels Terror und Angst, Täuschung und Ver-

leugnung zu bewahren. Das Umfeld im Irak, so Kay, ist auch einige Monate nach dem offiziellen Ende des Krieges nicht unbedingt permissiv, was Waffenkontrollen betrifft. Weiterhin würden Informanten und Wissenschaftler eingeschüchtert. Auch die Waffeninspektoren selbst, auf die bereits Anschläge verübt wurden, würden in ihrer Arbeit behindert. Materialien und Dokumente, die mit den Waffenprogrammen zu tun hatten, würden verstreut und vernichtet, sowohl vor dem offiziellen Beginn des Konflikts wie währenddessen und danach. Außerdem seien die Objekte, nach denen die Iraq Survey Group suche, nicht gerade groß, jedenfalls viel kleiner als die konventionellen Waffen der irakischen Armee. Nach Abschluss der »Operation Iraqi Freedom« hätte die Welle der Plünderungen überdies wichtiges und leicht einzusammelndes Material sowie »forensische Beweismittel« im Zusammenhang mit dem Waffenvernichtungsprogramm mit sich gerissen – in der klaren Absicht, wie Kay ausführt, die Aktivitäten des Saddam-Regimes zu vertuschen (Kay 2003).

Dass sich die CIA-Waffenkontrolleure nach dem Ende der Invasion und dem Beginn einer Mischung aus Besatzungsregime, terroristischem Partisanen- und Bürgerkrieg überhaupt vor die Aufgabe gestellt sahen, die »evidence« zu beschaffen, die die Existenz geheimer Waffenprogramme der Iraker belegt, verdankte sich nicht zuletzt einer Veränderung der Strategie und Rhetorik der US-Diplomatie im Verlauf des Jahres 2002. Hatte man nach dem 11. September zunächst ohne spürbaren innen- und außenpolitischen Erfolg den Akzent auf den »regime change« im Irak gesetzt, erwies sich im Prozess der Formulierung der Resolution 1441, die am 8. November 2002 im Sicherheitsrat der UN einstimmig beschlossen wurde, dass die Karte »Abrüstung« womöglich besser zieht. So schob man das Projekt des an strenge Ultimaten gebundenen »disarmament« des Irak in den Vordergrund. Dieser Wechsel der Terminologie erlaubte es nun auch, wesentlich offener als zuvor, im Stile einer kriminalistischen Ermittlung vorzugehen, das heißt, den Irak als jenen »Schurkenstaat« zu behandeln, der er seit der Einführung dieses Begriffs durch die Clinton-Administration für die USA gewesen war. Tendenziell wurde die Umkehrung der Beweislast betrieben. Die UN-Waffeninspektoren, die die Resolution 1441 durchsetzen sollten, waren in dieser Sichtweise eine Art forensische Operationseinheit, geheimdienstlich unterstützt (und unterwandert). Nur dass Hans Blix und seine Mitarbeiter diesem Skript nicht ganz folgen wollten, ebenso wie etwa ein Jahr später der CIA-Mann David Kay.

Diese Reformatierung der Weltpolitik in eine kriminalistisch-forensische Untersuchung stand im Zeichen einer zentralen und umstrittenen Metapher – der »smoking gun«. Das Bild vom »rauchenden Colt«, der vom abgegebenen Schuss noch unmittelbar zeugende Waffe, mit der die zeitliche und (zumeist) auch

räumliche Nähe zur Tat, zum Verbrechen, stichhaltig bewiesen wäre, spielte in der Vorbereitung auf den Krieg eine entscheidende Rolle. Es handelt sich um ein verbreitetes, beliebtes Bild für einen zwingenden Beweis, für das – übrigens u.a. sexuelle – Ertapptwerden in flagranti, das Evidenz-Ereignis schlechthin.

In der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaft kam die »smoking gun«-Metapher erstmals während der Watergate-Affäre zum Einsatz, bezog sich damals aber nicht auf etwaige kriegerische Handlungen (die von Nixon in Vietnam ja durchaus verantwortet wurden), sondern auf die Beweise für seine Verwicklung in die Spionage- und Sabotageakte gegen die Demokratische Partei. Nachdem die Metapher »smoking gun« auch in der medialen und juristischen Bearbeitung der Lewinsky-Affäre, die Präsident Clinton wie zuvor Nixon in ein Amtsenthebungsverfahren stürzte, von einiger Bedeutung war, gelangte sie im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf den Irak-Krieg im Jahr 2002 erneut zu US-präsidentialer und damit weltpolitischer Geltung.

Allerdings auf neue Weise, obwohl auch jetzt die Sache mit dem rauchenden Colt lästig bis gefährdend war. Denn für Bush galt es, den Wert der »smoking gun« als unbestreitbaren Beweis, als ›evidence‹ par excellence gleichzeitig herabzumindern wie andererseits die UN mit Forderungen nach der Beibringung eben jener »smoking gun« zu bedrängen. Die Fundamente für diese Politik der Indifferenz gegenüber ›Beweisen‹ waren offenbar schon früh gelegt. So antwortete der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in einem Interview vom Februar 2002 auf die Frage, ob sich »irgendein überzeugender Beweis« (»any convincing evidence«) gefunden hätte, der den Zusammenhang zwischen Saddam Hussein und den Attentätern vom 11. September untermauern würde, zunächst ausweichend mit Hinweis auf Geheimhaltungsverpflichtungen; auf Nachfrage jedoch erklärte Wolfowitz dem Journalisten bündig die Prinzipien der Bush-Regierung in dieser Hinsicht:

»Ich denke, der grundlegende Punkt ist, dass die Prämisse Ihrer Frage zu sein scheint, dass wir auf einen unzweifelhaften Beweis warten würden [proof beyond reasonable doubt]. Ich denke jedoch, die Prämisse einer Politik muss sein, dass wir es uns nicht leisten können, auf diesen unzweifelhaften Beweis zu warten.«-13

Ein Teil der internationalen, in der UN – und hier vor allem im Sicherheitsrat der UN vertretenen – Gemeinschaft verlangte nach der »smoking gun«, das heißt nach dem schlagenden Beweis, dass das Regime Saddam Husseins im Irak, in Verletzung der Resolution 1441, an der Entwicklung von nichtkonventionellen Waffen arbeitet oder diese bereits besitzt, wie die USA mit Berufung auf ihre Geheimdienste behaupteten. Um den »rauchenden Colt« zu finden oder sein

Fehlen festzustellen, durchsuchten die Waffenkontrolleure der UNMOVIC (U.N. Monitoring, Verification and Inspection Commission) und der IAEA (International Atomic Energy Agency) seit Ende November 2002 unter der Leitung von Hans Blix und Mohamed El Baradei den Irak. Wie Blix sich einmal ausdrückte, begaben sie sich in die Kiste, in die man Saddam Hussein gelockt hatte, »in a box with the inspectors inside the box« (zit. n. Weisman 2003).

Obwohl sie von den Waffeninspektoren immer wieder forderte, den Beweis für die irakischen Massenvernichtungswaffen zu erbringen, legte die Regierung Bush, wie schon erwähnt, auf diesen letzten Beweis gar keinen gesteigerten Wert. In einer Rede vom 7. September 2002 hatte Bush klargestellt, er wisse nicht, »what more evidence we need«; fünf Tage später, am 12. September 2002, vor der Vollversammlung der UN, sprach Bush davon, man wisse, dass Saddam Hussein »weapons of mass murder« entwickeln ließ, selbst als sich, zwischen 1991 und 1998, Inspektoren im Irak aufhielten.

»Sollen wir annehmen, dass er aufhörte, als sie gegangen waren? Die Geschichte, die Logik und die Fakten führen einen zu der Schlußfolgerung: Saddam Husseins Regime ist eine schwere und wachsende Gefahr. Etwas anderes zu glauben bedeutet, gegen die Beweislage zu hoffen [to hope against the evidence]« (Bush 2002a).

Am 7. Oktober 2002 präsentierte Bush im Museum Center in Cincinnati schließlich eine Theorie der Evidenz, nach der das letzte Beweisstück schon deshalb nicht erforderlich sei, eine entsprechende militärische Handlung zu legitimieren, weil die ›Evidenz‹, die sich mit einem derartigen Beweisstück verbindet, für eben jene Zerstörung steht, der man gerade begegnen will.

»Um diese Realitäten wissend, darf Amerika nicht die Bedrohung ignorieren, die gegen uns gerichtet ist. Im Angesicht der klaren Evidenz der Gefährdung [facing clear evidence of peril] können wir nicht auf den finalen Beweis – den rauchenden Colt – warten, der in der Gestalt einer Pilzwolke kommen könnte« (Bush 2002a).

Mit dem Bild des Atomschlags beschwört Bush gezielt die Ikonografie des Kalten Krieges, um die Situation zu charakterisieren, in der sich die USA nach Ende des Kalten Krieges befinden. Das Datum seiner Rede, Oktober 2002, verschafft zudem Gelegenheit, auf die exakt vierzig Jahre zurückliegende Kubakrise zu verweisen. Damit parallelisiert Bush die eigene Lage mit der von John F. Kennedy:

»Wie Präsident Kennedy im Oktober 1962 sagte: ›Weder die Vereinigten Staaten von Amerika noch die Weltgemeinschaft können die bewusste Täuschung und die offensive Bedrohung einer Nation, sei sie groß oder klein, tolerieren. Wir leben nicht länger in einer Welt, sagte er, ›in der nur das tat-

sächliche Abfeuern von Waffen eine ausreichende Herausforderung der Sicherheit einer Nation darstellt [...] Indem wir die Bedrohungen unserer Zeit verstehen, um die Täuschungsmanöver des irakischen Regimes wissen, haben wir die dringende Verpflichtung, das Schlimmste zu verhindern« (Bush 2002b).

Die »smoking gun« wird in dieser Perspektive zum bloßen Evidenz-Fetisch jenes Teils der Weltgemeinschaft, der – aus welchen Gründen auch immer – mit den Plänen der USA nicht übereinstimmt. Das »tatsächliche Abfeuern«, »the actual firing«, von dem Kennedy sprach (und auf das Bush sich seinerseits bezog), erscheint aus Sicht der US-Amerikaner als Symptom der falschen Evidenz. Darauf zu beharren, den rauchenden Colt zu finden, komme einer Verkenning jener Bedrohung gleich, die vom Irak ausgehe.

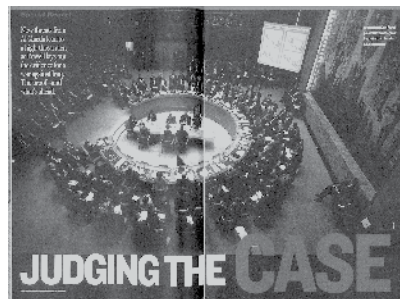
3.

Auch der neunzigminütige Auftritt von US-Außenminister Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003 kann als Reminiszenz an die Kuba-Krise und die damals aktivierten Strategien öffentlicher Beweisführung gesehen werden, zugleich war er das größtmögliche Zugeständnis zum »Smoking Gun«-Diskurs der skeptischen Sicherheitsratsmitglieder und der UN-Inspektoren. Am 25. Oktober 1962 präsentierte Kennedys UN-Botschafter Adlai Stevenson seine »smoking gun« vor dem Sicherheitsrat: die analysierten, interpretierten Luftaufnahmen der sowjetischen Raketenstationierungen auf Kuba. Wiederholt richtete er sich an den sowjetischen UN-Botschafter Valerin Zorin, den Hauptadressaten seiner Ansprache: »Well, let me say something to you, Mr. Ambassador – we



Abb. 5: Der US-amerikanische UN-Botschafter Adlai Stevenson (sitzend, ganz rechts) lässt Fotografien der US-amerikanischen Aufklärung von sowjetischen Raketenstützpunkten auf Kuba vor dem Sicherheitsrat der UN präsentieren, 25. Oktober 1962.

Abb. 6: UN-Sicherheitsrat während der Beweispräsentation von US-Außenminister Colin Powell am 5. Februar 2003.



do have the evidence. We have it, and it is clear and it is incontrovertible. And let me say something else – those weapons must be taken out of Cuba« (Stevenson 1962). Auf einer Staffelei wurden Vorher/Nachher-Bilder der US-amerikanischen Aufklärung präsentiert. Die Vorführung des Blicks aus den Wolken, der überlegenen Aufsicht, der entlarvenden Foto-Evidenzen war eine bildrhetorische Machtdemonstration. In diesem Wettbewerb der Beweise ermächtigte der Besitz des Bildes und seine öffentliche Zurschaustellung die US-amerikanische Seite auf signifikante Weise.

Colin Powell bediente sich am 5. Februar 2003 anderer technischer Mittel, zudem fand die Konfrontation mit dem Gegner nicht von Angesicht zu Angesicht wie zwischen Stevenson und Zorin statt. Aber wie Stevenson verlegte sich Powell ebenfalls auf das Rollenfach eines Anklägers, der über eindeutige Beweise für die Verstöße des Gegners verfügt. Zuvor war der amerikanischen Regierung bewusst geworden, dass das Einbringen der Resolution 1441 und die forensische Beweismittelerhebung der UN-Inspektoren nicht den gewünschten schnellen Erfolg bringen würde, das heißt die Offenlegung dessen, was nach Bush gar keines Beweises mehr bedurfte. Außerdem hatten das Tempo der US-amerikanischen Mobilisierung und das Tempo der Leute um Blix und Baradai sich als nicht synchronisierbar erwiesen. Powells Auftritt wurde mit Spannung erwartet, schließlich hatte er eine Darlegung jener ›evidence‹ versprochen, die Blix, El Baradai, die UNMOVIC und die IAEA bisher nicht liefern konnten.

Man traf eine Reihe von Vorkehrungen, um den Ort des Geschehens so zu präparieren, dass diese Präsentation auch die Überzeugungskraft, die Evidenz entwickeln möge, die eigentlich niemand von ihr erwartete. Unter anderem ließ die UN die große, von Nelson Rockefeller gestiftete Wandteppich-Replik von Picassos ›Guernica‹-Gemälde am Eingang des Sitzungssaals, die sonst den Mitgliedern des Sicherheitsrats als künstlerisch gestaltete Mahnung vor den Folgen des Krieges vor Augen steht, mit einem blauen Tuch verhängen (und überdies mit den Fahnen der Vereinten Nationen). Man war nervös geworden, nachdem die Fernsehkameras Hans Blix eine Woche zuvor beinahe mit einem schreienden Picasso-Kopf im Hintergrund gezeigt hätten. Für die Powell-Präsentation sollten deshalb um jeden Preis ›mixed messages‹ vermieden werden. Der Skandal der kaltschnäuzigen Negation der Geschichte(n) des Krieges und der Transformation des Sitzungsraums in eine Bühne für das Gerichtsdrama USA vs. Irak blieb nicht unbemerkt. Ein Theatervorhang verdeckt die leidenden Körper auf Picassos Gemälde: So interpretierte Harry Bliss, Zeichner für den ›New Yorker‹, auf dem Cover der Ausgabe vom 17. März 2003 diese denkwürdige Inszenierung einer Verdrängung der einen Wahrheit durch die andere Wahrheit. ◀4 Ein perfides »micromanagement of contradiction« (Hansen 2004, 392),

und alles in allem ein denkwürdiges Ringen um die Hegemonie von Evidenzbegriffen an einem Ort, dem Sitzungssaal des UN-Sicherheitsrats, der sich von einer repräsentativen Versammlung der internationalen Gemeinschaft immer wieder und aktuell mehr denn je in einen Gerichtssaal verwandelt.

Powell bediente sich einer Reihe von Tonbandaufnahmen, Kurzvideos sowie einer Powerpoint-Slideshow, d.h. projizierter Schaubilder, die seinen Redetext unterstützen und seine Argumentation verstärken sollten. Die Bilder von Industrieanlagen, LKWs oder Aluminiumröhren waren von sehr unterschiedlicher Medialität und Qualität: Satellitenfotografien, Text/Bild-

Grafiken, grafisch nachbearbeitete Fotografien hatten die Aufgabe, den Blick und das Verstehen didaktisch-persuasiv zu lenken. Die schwarzweißen Satellitenaufnahmen wiesen Einkreisungen und sprechblasenartige Textfelder in Gelb auf. Wie in der forensischen Fotografie wurden Beweisstücke wie etwa eine verdächtige Aluminiumröhre mit einem Maßband und einer Hand abgelichtet. Die Fahndungsfotos gesuchter Terroristen waren in Stammbaumgrafiken eingefügt, die die Verbindungen zwischen dem irakischen Regime und Al Qaida verdeutlichen sollten. Auf einem Schaubild sind die Zeichnungen dreier Transportfahrzeuge mit bizarr anmutenden Aufbauten zu erkennen. Der Bildüberschrift zufolge handelt es sich bei den Vehikeln um mobile Produktionsstätten für biologische Waffen. Textfelder mit Pfeilen benennen die Funktion einzelner Gerätschaften. Informantenberichte wurden grafisch über- und umgesetzt: »We have diagrammed what our sources reported about these mobile facilities«, sagt Powell dazu in seinem Vortrag. Und weiter: »[...] As these drawings, based on their description show, we know what the fermentors look like. We know what the tanks, pumps, compressors and other parts look like [...]« (Powell 2003).

Powell setzte mithin auf die Visualisierung einer mündlichen Aussage, auf den ›diagrammatischen‹ Transfer von gesprochener Sprache in das Medium der (am Computer er- bzw. bearbeiteten) Zeichnung. Ein solcher Prozess der mehrfachen, zudem Mediengrenzen überschreitenden Übertragung birgt naturgemäß eine hohe Wahrscheinlichkeit für Missverständnisse, Fehlinterpretationen, Vereinfachungen usw. – angefangen bei der erforderlichen Dolmetscher-Übersetzung beziehungsweise den in der Fremdsprache Englisch

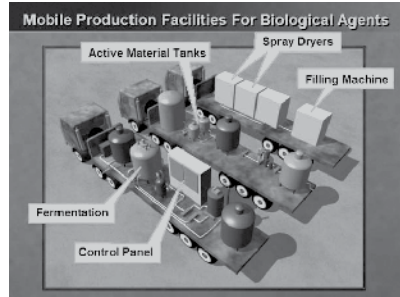


Abb. 7: »Mobile Fertigungsanlagen für biologische Waffen«, Slide Nr. 20 aus der Powerpoint-Präsentation von Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat, 5. Februar 2003.

vorgenommenen Objektbeschreibungen des irakischen Informanten. Trotzdem erklärte Powell, er und seine Leute wüssten nun mit Bestimmtheit (»we know«), wie die fraglichen rollenden Biowaffen-Laboratorien aussähen.

Diese Demonstrationen von Wissen und Gewissheit wollten nicht recht verfangen. Powells Auftritt vor der UN entpuppte sich, trotz anfänglicher Zustimmung aus dem eigenen Lager, als ein diplomatisches Debakel. Wie vermutet werden muss, nahm dieses Debakel nicht erst Gestalt an, als kurz nach seiner Präsentation bekannt geworden war, dass Powell sich maßgeblich auf unzuverlässige britische Geheimdienstquellen gestützt hatte – ganz zu schweigen von seinen Eingeständnissen bezüglich der Beweislage im April 2004. Von vornherein überlagerte die Notwendigkeit, das Interesse der US-Regierung gegen die Auffassungen der Mehrheit der in der UN vertretenen Staaten verständlich zu machen, alle Versuche Powells, die Intelligibilität seiner audiovisuellen Beweismittel so zu forcieren, dass sie sich – als EVIDENCE – ›von selbst‹ verstehen. Stattdessen zeigten beispielsweise die Schaubilder, darunter die skurrilen «Diagramme» mündlicher Aussagen von Geheimdienstquellen, wie untauglich sie waren, die Evidenzeffekte zu erzeugen, die Powell ihnen zugedacht hatte. Unfreiwillig gerieten sie zu Allegorien eines illegitimen Bildgebrauchs.

Einerseits war während der Präsentation offensichtlich, dass Powells Bildprojektionen als Projektion in mehr als nur einem Sinn dienten. Eine phantasmatisch verdunkelte, unverstanden-unverständliche Black-Box-Welt, der Irak unter Saddam Hussein, sollte punktuell aufgehellt, eingeleuchtet werden. Ihre Aufgabe bestand darin, bestimmte Bilder an die Stelle einer unbestimmten Bilderlosigkeit zu setzen. Damit handelte es sich um Ein-Bildungen im Rahmen der Feindbildkonstruktion, gewissermaßen um Rorschach-Interpretationen. Andererseits war der Einsatz der forensischen Rhetorik, die mit dem Abrüstungsthema verbunden ist, gleichermaßen verführerisch wie verräterisch. Powells Auftreten als Ankläger und seine Powerpoint-Präsentation partizipierten, wahrscheinlich nicht unbeabsichtigt, an einem medialen und populärkulturellen Phänomen, das man das forensische Imaginäre nennen könnte. Sehr erfolgreiche Fernsehformate zwischen Gerichts-TV wie COURT T.V. und fiktionale oder doku-dramatische Ermittlungsserien wie LAW AND ORDER oder L.A. LAW haben in den USA (und inzwischen auch in Europa) die forensische Spurensuche zu einem eigenen Genre ausdifferenzieren lassen.

Der Medien- und Theaterwissenschaftler Thomas Joyner nennt die Verbindung zwischen dem politischen und dem populärkulturellen Forensik-Spektakel in Anlehnung an die TV-Serie CRIME SCENE INVESTIGATION (= C.S.I.), «Crime Scene Iraq» (vgl. Joyner 2003). Er verweist darauf, dass die Bush-Administration nicht die inhärente Komplexität der Beweislage zu den Massenvernichtungswaffen

4.

Doch soll nun die bequeme Fixierung auf den ›forensic turn‹ der USA ergänzt werden um eine Perspektive auf das Zusammenspiel der Vereinigten Staaten und der Vereinten Nationen in diesem neuartigen Blick- und Wahrheitsregime. Dazu ein Beispiel aus der US-amerikanischen Provinz: »No Evidence? No UN? No War« steht auf einem Transparent, das ein Foto zeigt, das am 15. Februar 2003 auf einer Antikriegsdemonstration in Chattanooga, Tennessee, gemacht wurde. Es waren dreihundert Leute unterwegs, die von der Walnut Bridge Street Richtung Downtown Chattanooga zogen – angeblich die größte Antikriegsdemonstration, die diese Stadt je erlebt hat. Die Schrift auf dem Transparent konstatiert einen Zusammenhang zwischen der Existenz von Beweisen, der Existenz der Vereinten Nationen und der Existenz beziehungsweise Nichtexistenz des Krieges. Im Umkehrschluss dieser Verknüpfung scheinbar disparater Begriffe und Kategorien ist der Krieg gegen den Irak, der etwa einen Monat nach dieser Demonstration offiziell ausbrechen sollte, nicht nur das Werk der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in diesem Feldzug, sondern auch das Ergebnis einer bestimmten Politik des Beweises beziehungsweise Beweis-MANGELS, der BeweisNOT und einer Politik der Vereinten Nationen, genauer: einer Politik, die die Vereinten Nationen in Frage stellt oder mit der sich die Vereinten Nationen selbst in Frage stellen.

Wenn hinter »evidence« und »UN« ein Fragezeichen steht und die Konsequenz daraus Krieg lautet (dies dürfte die intendierte Aussage des Transparents sein), dann ist vielleicht auch die Evidenz der UN in Frage zu ziehen, die Evidenz eines spezifischen Regimes der Überwachungen und Kontrollen, einer spezifischen Ausrichtung auf die Beweisbarkeit des Fehlverhaltens jener Mitgliedsstaaten der Staatengemeinschaft, die von anderen Mitgliedern der UN als Schwellen- oder Schurkenstaaten bezeichnet werden. Schon Carl Schmitt hatte 1932 dem neuen »ökonomisch fundierten Imperialismus« und seinem Organ, dem Völkerbund, attestiert, dass etwa das Mittel der militärisch gestützten Wirtschaftssanktion »ein neues, essenziell pazifistisches Vokabularium« hervorgebracht habe,

»...das den Krieg nicht mehr kennt, sondern nur noch Exekutionen, Sanktionen, Strafexpeditionen, Pazifizierungen, Schutz der Verträge, internationale Polizei, Maßnahmen zur Sicherung des Friedens. Der Gegner heißt nicht mehr Feind, aber dafür wird er als Friedensbrecher und Friedenstäter hors-la-loi und hors l'humanité gesetzt, und ein zur Wahrung oder Erweiterung ökonomischer Machtpositionen geführter Krieg muß mit einem Aufgebot von Propaganda zum ›Kreuzzug‹ und zum ›letzten Krieg der Menschheit‹ gemacht werden« (Schmitt 1932/1963, 77).

Damit waren Elemente benannt, die auch für eine Beschreibung der aktuellen weltinnenpolitischen Lage taugen: einerseits die Kennzeichnung eines völkergemeinschaftlich getragenen Regimes der notfalls mit Gewalt durchgesetzten Sanktionen und Boykotte, das als Polizeimacht mit ökonomischen und militärischen Zwangsmitteln auftritt; andererseits die Produktion krimineller, außer-gesetzlicher Mitglieder, die den Einsatz dieser Polizeimacht erfordern; und schließlich das Aufkommen einer fundamentalistisch-gnostischen Rhetorik der »Kreuzzüge« und »letzten Kriege«.

Wie diese Elemente des Polizeilichen, der Kriminalisierung und der fundamentalistischen Rhetorik auch in den Monaten vor dem offiziellen Kriegsbeginn Mitte März 2003 zusammenspielten, wie also mit anderen Worten die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Gestalt der UN und ihrer Kontroll- und Sanktions-Polizei-Politik mit der Feindbestimmung und Kriegspropaganda der USA zusammenspielten, hat Jacques Derrida charakterisiert. Er machte die UN und den UN-Sicherheitsrat verantwortlich für die Herausbildung eines neuen Systems des internationalen Rechts, das es fast gleichgültig erscheinen lässt, ob eine Militäraktion der US-Amerikaner vom Sicherheitsrat bewilligt wird oder nicht. Denn alle versichern sich in jedem Fall ihres guten Gewissens. Diejenigen, die nicht genehmigen, fühlen sich legitimiert, weil sie sich ein gutes Rechtsgewissen verschaffen, das von ihren anderen z.B. ökonomischen Interessen abschirmt. Ebenso wähnen sich diejenigen im Recht, die sich ihre Taten NICHT genehmigen lassen – einfach, weil sie glauben oder glauben machen, dass sie von vermeintlich überlegenen Überzeugungen, Interessen und Geheimdienstinformationen geleitet sind. Man könnte sagen, die Evidenz dieses Systems liegt in dieser allzeit gewährleisteten gewissenmäßigen Rechtmäßigkeit des Handelns derjenigen begründet, die ermächtigt sind – ökonomisch, militärisch –, dieses merkwürdige 360-Grad-Recht anzuwenden.

Derrida sprach im gleichen Zusammenhang auch die Herausbildung eines spezifischen Blickregimes oder »perception management« an, welches von einem durch die Rechts- und Gewaltordnung des Empire erzeugten Selbstverständnis getragen wird. Diese Evidenz, diese Fraglosigkeit ist mit Titeln wie Abrüstung, Entwaffnung, »disarmament« geschmückt und hat den einen Zweck, die Verteilung von konventionellen Waffen und Massenvernichtungswaffen wenn nicht gänzlich zu unterbinden, so doch zu kontrollieren und an Bedingungen zu knüpfen. Wenige Wochen vor dem offiziellen Anfang der Kriegshandlungen sagt Derrida:

»... man darf nicht vergessen, der Krieg ist in vollem Gang. Das irakische Territorium im Norden ist besetzt, die Waffeninspektoren und die Flugzeuge haben das irakische Hoheitsgebiet in der Luft und

auf der Erde durchfurcht, Bombardierungen finden im Irak jeden Tag statt; man darf den außergewöhnlichen Umstand nicht vergessen, den für die staatliche Souveränität die permanente Anwesenheit von Inspektoren bedeutet, die von den höchsten Rechtsinstanzen des internationalen Rechts aus berechtigt sind, überall im Irak zu kontrollieren und sich zu bewegen, als wären sie zu Hause! All das kann man natürlich dem Krieg, der im Gang ist, zuschreiben. Aber welches andere Land würde akzeptieren, daß von Flugzeugen unterstützte Inspektoren gehen, wohin es ihnen beliebt, und im Land verhören können, wen immer sie wollen? All das vergisst man ... Das sage ich nicht, um irgendjemanden zu verteidigen ... aber welches Land würde eine solche Deformation, ein solches Aufgeben von Souveränität hinnehmen?» (Baudrillard/Derrida/Major 2004, 22).

Auch hier beschreibt Derrida die Verschränkung von Recht und Gewalt als eine Verschränkung von UN und USA, der Waffeninspektoren und der Flugzeuge. Wobei zu beachten ist, dass die Waffenkontrolleure der UNMOVIC wahrscheinlich ihrerseits unterwandert waren von CIA und MI6, dem amerikanischen und britischen Geheimdienst. Die Inspektionen, zumal die mit militärischer Macht durchgesetzten (und nur unter dieser Bedingung hat die UN die Inspektoren der UNMOVIC unter der Leitung von Hans Blix in den Irak gelassen), verletzen die Souveränität des Territoriums und des Nationalstaats. Das weltpolitische Evidenz-Dispositiv, durch das Begriffe wie »Schurkenstaat«, Methoden polizeilicher Ermittlung oder die rhetorische und praktische Kriminalisierung des politischen Gegners operationalisiert werden, entsteht im Zusammenwirken der geopolitischen Kräfte und kann keineswegs als das alleinige Werk US-amerikanischen Hegemonialstrebens betrachtet werden.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Evidenz-Dispositivs ist die Idee der Zivilgesellschaft. »Eine wachsame und informierte Öffentlichkeit kann wesentlich dazu beitragen, die Führer der Welt davon zu überzeugen, dass eine bessere und sicherere Welt erreicht werden kann, wenn man sich sämtlicher Massenvernichtungswaffen entledigt«. Mit diesen Worten appellierte Kofi Annan, Generalsekretär der UN, Anfang Februar 2003 in höchster Bedrängnis an die »civil society«, die internationale »Zivilgesellschaft« (UN News Centre 2003). Fast machte es den Eindruck, als wäre dies die letzte Karte, die dem Projekt Vereinte Nationen noch geblieben war, um sich der finalen Brückierung durch die Bush-Regierung zu erwehren.

Doch es erscheint fraglich, ob sich durch Annans Anrufung der »Zivilgesellschaft« irgendjemand angesprochen gefühlt hat. Zum Beispiel ist unklar, inwieweit die großen Antikriegsdemonstrationen in London, Madrid, Rom, Berlin, Washington und anderswo Anfang 2003 den Vorstellungen von »zivilgesellschaftlichem« Verhalten entsprachen, die in der UN zirkulieren. Annan und die Seinen träumen von einer zu mobilisierenden »öffentlichen Meinung«,

welche Regierungen »motiviert«, den Abrüstungsprozess voranzutreiben. Zivilgesellschaft wird als eine Art Überwachungs- und Überzeugungsgesellschaft verstanden, und wenn man nicht aufpasst, wird sie unter der Hand zum Faktor in einem polizeilichen Dispositiv der Prävention und Kontrolle.

Liest man etwa die Veröffentlichungen des United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR), wird schnell deutlich, dass im Kampf für Abrüstung, gegen die Proliferation von Waffen und für eine Politik der Verifikation derzeit umgedacht wird. Die sogenannten »Neuen Kriege« machen auch neue Methoden der Waffen- und Abrüstungskontrolle erforderlich. Und hier ist die Zivilgesellschaft gefragt, beispielsweise in der Landminenfrage. »Civil society organizations – became a new actor in arms control«, heißt es in einem Aufsatz zur Ausbildung zur Abrüstung von 2001 (Open Forum 2001, 66). Die Implementation von Landminen-Beseitigung, die sogenannte »humanitarian mine action«, ist für die internationale Gemeinschaft eines von vielen Pilotprogrammen zur Einrichtung von »bottom-up approaches to arms control implementation«, also von Überwachungssystemen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Krisenregionen: »Indem man die Bevölkerung ins Zentrum des Überwachungs- und Evaluationsprozesses stellt, werden die Landminen-Initiativen die lokalen Gemeinschaften ermächtigen und zu lokalem Besitztum ermutigen« (UNIDIR Activities 2001, 78).

Ende 2003 erschien eine Ausgabe des »Disarmament Forum« von UNIDIR, in der die Frage von Waffenkontrolle und Abrüstung mit einer Genderperspektive versehen wurde. Scheinbar fortschrittlich wurden hier die »Erfahrungen und Bedürfnisse« von Frauen wie Männern adressiert und in Verbindung gebracht mit »Abrüstungs- und Peace-Building-Aktivitäten und -zielen«. Ein »Gender Action Plan« wurde beschlossen, der die »internationale Gemeinschaft«, einer Resolution (1325 vom Oktober 2000) des UN-Sicherheitsrates folgend, darauf verpflichtet, die »oft übersehene und marginalisierte Rolle von Frauen im Friedensprozess und der Sicherheit« in den Blick zu nehmen (vgl. Marcaillou 2003).

Was die Konfliktanalyse unter Gesichtspunkten des Geschlechts bedeuten kann und welche Rolle den Frauen damit auch in Sachen Prävention und Beweisaufnahme zugeteilt werden soll, wird – in eigentlich wohlmeinenden – Sätzen eingefordert: Die soziale Position von Frauen, ihre soziale und emotionale Kompetenz soll als »Frühwarnsystem« dienen, gemäß einer Losung von Kofi Annan vom November 1999, von einer »Kultur der Reaktion zu einer Kultur der Prävention« überzugehen. Geschlechterbeziehungen werden zum sozialen Indikator von Krisenanfälligkeit oder Stabilität einer Gesellschaft, Frau-

en sind in die Waffenkontrollen einzubeziehen als Informantinnen, das heißt: als besonders ausgebildete, vorgeprägte und sensibilisierte zivilgesellschaftliche Sensoren.

5.

Natürlich hatte sich Kofi Annans Aufruf zur Wachsamkeit vom Januar 2003 formal auch an die irakische »Zivilgesellschaft« gerichtet – obwohl damals nach Lage der Dinge wenig Aussicht auf die Mobilisierung einer öffentlichen Meinung bestand, die das Regime Saddam Husseins von irgendetwas hätte »überzeugen« können. Weil dies so war, wurde indirekt die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit außerhalb des Irak und anderer, »geschlossener Gesellschaften« (US/UN-Jargon) dazu animiert, für eine Öffnung zu sorgen – damit die Arbeit der »Wachsamkeit« und der »Überzeugung« beginnen kann.

Die besagte Öffnung soll Transparenz bringen, wo deren Gegenteil angenommen wird. Die Sicherheitsberaterin von George W. Bush, Condoleezza Rice, sprach von den »opaken« Regimes im Irak oder in Nordkorea (Rice 2000). Der Feind wird zur undurchsichtigen Blackbox, und wenn er auch noch »stalinistisch« oder »faschistisch«, »balkanisch« oder »babylonisch« ist, droht allseits Verdunkelungsgefahr. Logische Konsequenz dieser geopolitischen Imaginationen: der Wille zur Aufklärung. Diese Aufklärung kann auf geheimdienstlichem Weg erfolgen, über Spionagesatelliten oder Undercover-Agenten. Sie kann aber auch offiziell und im Licht der Weltöffentlichkeit durchgeführt werden, gewissermaßen als Vorhut oder verlängerter Arm jener Zivil- und Überwachungsgesellschaft, auf die sich die UN beruft: In diesem Fall spricht man von »Inspektionen« und »Beobachtungen«, von legitimen »eyes on the ground« (Kay 2003).

Die Suche nach Transparenz, Augenschein und Erkenntnis mag der UN und ihren Inspektionsorganen als vorbildliche Arbeit an der Verhinderung von militärischer Gewalt angerechnet werden, wie sie von den USA als Mittel zur Öffnung beziehungsweise Sprengung der Black Box Irak bevorzugt wird. Eine Karikatur aus dem »Christian Science Monitor« bringt die diplomatische und die militärische, die UN- und die US-Variante in ein scheinbar eindeutig zugunsten der Diplomatie und der Inspektionen gebrachtes Verhältnis. Während George W. Bush in der Montur eines Dynamitexperten die Sprengung des Zugangs zum Irak vorbereitet, hat der in Zivil gekleidete Blix das Eisentor bereits geöffnet – denn dieses schien gar nicht geschlossen gewesen zu sein. Freilich bleibt in der Zeichnung unberücksichtigt, dass die Drohkulisse der Amerikaner die Ar-

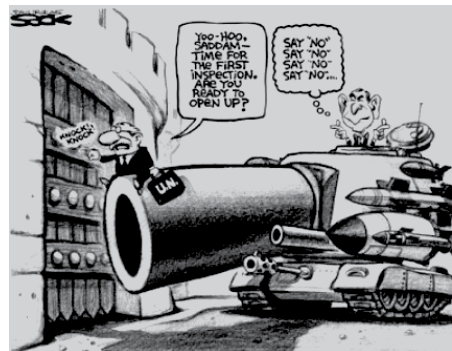
beit der Beschaffung von ›evidence‹ durch die Waffen-Inspektoren erst ermöglicht hat. Diesen Zusammenhang unterstreicht die Karikatur eines Cartoonisten der ›Star Tribune‹ aus Minneapolis, die einen UN-Inspektor zeigt, der sich auf dem Kanonenrohr eines US-Panzers sitzend Zutritt zu verschaffen sucht. Zudem spekuliert sie über das kriegerische Drängen der Amerikaner gegenüber den betreffenden UN-Organen.

Die Waffeninspektoren der UNSCOM (U.N. Special Commission) gelten der Weltöffentlichkeit als Botschafter einer Politik des Beweises und der »Verifikation« – tendenziell im Widerspruch zu den US-Amerikanern. In weißen UN-Geländewagen, verfolgt von einem endlosen Tross ebenfalls allradangetriebener Medienleute, durchquerten sie bis Anfang März 2003 mit ihren Teams aus UN-trainierten Waffen- und Atomexperten das Territorium der Blackbox Irak. So berechtigt die Sorgen um die Waffenarsenale des Irak und anderer Staaten auch sein mögen, sie liefern zugleich die Legitimation für eine Entgrenzung des polizeilichen Blicks und einer polizeilichen Praxis, die weitgehend mit den Ordnungsvorstellungen westlicher Innen- und Weltinnenpolitiker übereinstimmt, aber mittels einer Rhetorik der Abrüstung, der Wahrheit und der Transparenz auch universalisiert werden soll – unter Anwendung von Methoden der kriminalistischen Beweiserhebung.

Nach dem Scheitern der Waffenkontrollen im Irak in den 1990er-Jahren, das mit der Luftkriegskampagne »Desert Fox« der USA und der Briten und in der Ausweisung der UNSCOM-Inspektoren wegen angeblicher Spionage im Dezember 1998 gipfelte, konzentrierte sich die im Jahr 2000 gegründete UNSCOM-Nachfolgeorganisation UNMOVIC darauf, ihr Mandat so auszubauen, dass es den Inspektoren fortan erlaubt war, jederzeit und überall unangekündigte Durchsuchungen vorzunehmen. Das Recht »auf sofortigen, unbedingten und uneingeschränkten Zugang« zu verdächtigen Orten, so Hans Blix in einem Vortrag vom November 2000 (Blix 2000), sei essenziell

Abb.10: Clay Bennett, »It's not locked.«

Abb.11: Steve Sack, Star Tribune.



für das Gelingen der Mission von UNMOVIC; nur ein möglichst unberechenbares Vorgehen garantiere »Glaubwürdigkeit«. Gabriele Kraatz-Wadsack, langjährige Chefspekteurin im Irak, verglich die Tätigkeit der Waffenkontrollleure in einem ZDF-Interview mit einer »Steuerprüfung«:

»Sie schauen sich die Dokumente an, sie schauen in Kühlschränke, sie befragen die Leute vor Ort. Und wenn die tatsächlich an biologischen Erregern forschen, die auch als Waffe verwendet werden können, dann haben die eine Tarn-Story. Sie erzählen dann irgendetwas Harmloses, aber das merkt man als Experte« (Kraatz-Wadsack 2002).

Zwar umfasst die Ausbildung der Inspekture auch Landeskunde zu Geschichte, Kultur und Religion, ebenso wie die ausdrückliche Aufforderung, diese Traditionen und Gebräuche zu respektieren – aber letztlich geht es bei ihrer Arbeit um Befragungen an der Grenze zum Verhör, um Ortsbegehungen mit der Perspektive der Zerstörung. Die geradezu mythische Praxis des »monitoring«

schließt hier Landfriedensbruch und Verletzung der Privatsphäre ganz selbstverständlich mit ein. Und dieser UN-Mythos des Überwachens und Verifizierens stößt immer wieder mit archaisch-postmodernen Mythen zusammen: wie jenem der »heiligen Erde«, wo die UN-Nuklearspezialisten ihre Bohrungen vornehmen.

Steve Bell, ein Zeichner des britischen »Guardian«, und der US-amerikanische Karikaturist John S. Pritchett haben auf unterschiedliche Weise thematisiert, dass Saddam Hussein die Präsenz der Waffeninspekture und die Bemühungen der UN, ihren Standpunkt gegenüber den USA aufrechtzuerhalten, für seine eigenen Ziele womöglich instrumentalisiert habe. Unter anderem legte es der Diktator offensichtlich darauf an, die Mitglieder des Sicherheitsrats über die Irakfrage in den Konflikt zu treiben. Bell und Pritchett betonen das blenderische Fassadenwerk des irakischen Regimes sowie die vermeintliche Ungerührtheit, mit der Saddam die



Abb. 12: Steve Bell, »Never Alone With a Blix«.

Abb. 13: John S. Pritchett, »Welcome U.N. Weapons Inspectors«.

Suche der Inspektoren geschehen lässt, so als handelte es sich um die quasi-sexuelle Belästigung seines Souveränitätsanspruchs.

Die UN und die Weltöffentlichkeit dürften in der Tat durch die Iraker manipuliert worden sein. Dennoch gilt es, die Selbstverständlichkeit zu problematisieren, mit der die Logik der »internationalen Gemeinschaft« sich nicht nur in »gerechten Kriegen«, sondern ebenso in vermeintlich antimilitärischen Maßnahmen wie (ihrerseits militärisch und geheimdienstlich gestützten) UN-Inspektionen Geltung verschafft. Denn diese Logik, mit ihrem schillernden Moiré aus politischen und polizeilichen Praktiken, bestimmt die herrschenden Vorstellungen über »Zivilgesellschaft« in hohem Maß. Daran ändern auch die – oft antiamerikanischen – Demonstrationen der Internationale der Kriegsgegner (noch) nicht viel. Solange sie keine politische Kritik der »zivilgesellschaftlichen« Momente dieses Evidenz-Dispositivs formulieren, bleibt der Blick selbstgerecht auf Bush, Saddam, Bin Laden & Co. fixiert. Dabei ginge es darum, ihn auf die eigene Verstricktheit in diese polizeiliche Blickordnung zu lenken, und darauf, welche Rolle der Zivilgesellschaft beziehungsweise den jeweiligen lokalen Zivilgesellschaften, die vor den Augen einer globalen Zivilgesellschaft agieren, zudedacht wird. Denn die Handlungserwartungen der internationalen Gemeinschaft haben normative und normalisierende Kraft. Transparenz und ›evidence‹ sind Schlüsselbegriffe einer Wahrheitspolitik, die Beweise fordert, um besser anklagen zu können, was den eigenen Begriffen und Interessen widerspricht.

01► Blix 2003.

02► Vgl. Rajchman 2000, S. 44ff.

03► Wolfowitz-Interview mit dem San Francisco Chronicle, 23. Februar 2002, http://www.defenselink.mil/cgi-bin/dlprint.cgi?http://www.defenselink.mil/news/Feb2002/to2272002_to223sf.html; vgl. auch: Rampton/Stauber, S. 93f. (zuletzt eingesehen am 14.5.2004).

04► Diesen Hinweis verdanke ich Michael Diers.

Literatur

Baudrillard, Jean / Derrida, Jacques / Major, René (2004) Terror, Krieg, Recht. Über globale Gewalt, Vorsorgestrategien und Weltunordnung. In: *Lettre International* Nr. 63, Winter 2004, S. 19-25.

Blix, Hans (2000) The Role of International Monitoring, Inspection and Verification in Arms Control and Disarmament – the Case of Iraq. Lecture by Dr. Hans Blix, Executive Chairman of UNMOVIC at the Second Training Course of UNMOVIC. Paris, 7. November 2000. <http://www.un.org/Depts/unmovic/ExecChair/BlixParis.htm> (zuletzt eingesehen am 16.06.2004).

Blix, Hans (2003) An Update on Inspections. Bericht vor dem Sicherheitsrat der UN vom 27. Januar 2003. <http://www.un.org/Depts/unmovic/Bx27.htm>.

Bush, George W. (2002a) Keeping the Peace. Remarks by the President and Prime Minister Tony Blair in Photo Opportunity, 7. September 2002. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020907-2.html> (zuletzt eingesehen am 16.06.2004).

Bush, George W. (2002 b) Iraqi Threat. Remarks by the President on Iraq, Cincinnati Museum Center – Cincinnati Union Terminal, Cincinnati, Ohio, 7. Oktober 2002. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/10/20021007-8.html> (zuletzt eingesehen am 16.06.2004).

Dowd, Maureen (2003) Powell Without Picasso. In: *New York Times*, 5. Februar 2003, Section A, S. 27.

Hansen, Miriam (2004) Why Media Aesthetics? In: *Critical Inquiry* Vol. 30, No. 2, Winter 2004, S. 391-395.

- Joyner, Thomas P.** (2003) C.S.I.: Crime Scene Iraq. In: PopPolitics [The War Issue]. <http://www.poppolitics.com/articles/2003-03-24-crimesceneiraq.shtml> (zuletzt eingesehen am 16.06.2004).
- Kay, David** (2003) Statement on the Interim Progress Report on the Activities of the Iraq Survey Group (ISG) before the House Permanent Select Committee on Intelligence, The House Committee on Appropriations, Subcommittee on Defense, and the Senate Select Committee on Intelligence, October 2, 2003, CIA – Speeches and Testimony. http://www.cia.gov/cia/public_affairs/speeches/2003/david_kay_10022003.html (zuletzt eingesehen am 16.06.2004).
- Kessler, Glenn** (2004) Powell Expresses Doubts About Basis for Iraqi Weapons Claim. In: The Washington Post, 3. April 2004, S. A 19.
- Kraatz-Wadsack, Gabriele** (2002) »Das ist wie eine Steuerprüfung«. Biowaffen-Expertin Kraatz-Wadsack über die UNO-Waffeninspektionen im Irak (Interview). In: ZDF.de, Politik & Zeitgeschehen, 28. November 2002. <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/25/0,1872,2025017,00.html> (zuletzt eingesehen am 16.06.2004).
- Marcaillou, Agnès** (2003) The Gender Action Plan of the UN Department for Disarmament Affairs. In: Disarmament Forum, 4, 2003 (Women, Men, Peace and Security). Genf: United Nations Institute for Disarmament Research, S. 47-52.
- Open Forum** (2001) Small Arms Survey 2001: Profiling the Problem. In: Disarmament Forum, 3, 2001 (Education for Disarmament). Genf: United Nations Institute for Disarmament Research, S. 59-72.
- Powell, Colin L.** (2003) Remarks to the United Nations Security Council, New York City, February 5, 2003. www.state.gov/secretary/rm/2003/17300.htm (zuletzt eingesehen am 14.05.2004).
- Rajchman, John** (2000) Foucaults Kunst des Sehens. In: Imagineering. Visuelle Kultur und Politik der Sichtbarkeit. [= Jahresring 47; Jahrbuch für moderne Kunst], hrsg. v. Tom Holert. Köln: Oktagon 2000, S. 40-63.
- Rampton, Sheldon / Stauber, John** (2003) Weapons of Mass Deception. The Uses of Propaganda in Bush's War on Iraq. London: Robinson.
- Rice, Condoleeza** (2000) Condoleeza Rice Says... [Interview]. In: National Review, 22. Juni 2000. <http://www.nationalreview.com/interrogatory/interrogatory062200.html> (zuletzt eingesehen am 14.5.2004).
- Rüb, Matthias** (2004) Volles Vertrauen in die Fakten. Powell verteidigt amerikanische Aussagen über Massenvernichtungswaffen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Januar 2004, Nr. 8, S. 7.
- Schmitt, Carl** (1963[1932]) (6. Aufl.) Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin: Dunckler & Humblot.

Stevenson, Adlai (1962) Ambassador Stevenson's second statement of October 25, 1962. U.S. / U.N. press release 4074, October 25, 1962. In: U.S., Department of State, Bulletin, Volume XLVII, No. 1220 (November 12, 1962), S. 737-740. <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/adlai.htm> (zuletzt eingesehen am 14.5.2004).

UN News Centre (2003) Civil Society Key to Advancing Disarmament Issues, Annan Tells Advisory Panel, 6. Februar 2003 (ehemals <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=6092&Cr=disarmament&CrI=>).

UNIDIR Activities (2001) UNIDIR Activities. In: Disarmament Forum, 3, 2001 (Education for Disarmament). Genf: United Nations Institute for Disarmament Research, S. 75-81.

Weisman, Steven R. (2003) A Long, Winding Road to a Diplomatic Dead End. In: New York Times, 7. März 2003, Section A, S. 1.